

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: H. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 3 M.
 vierteljährlich durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitspalt ober deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pfg., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.
 Die Redaktion.

B. L. Berlin, 28. April.

Preussischer Landtag.

Abgeordnete-Haus.
 52. Sitzung vom 28. April.
 Präsident v. Köhler eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Auf der Tages-Ordnung steht die erste Beratung des Nachtragssetats (Gesetz des Ministerpräsidenten).

Am Ministerische: von Bötticher, Miquel, Herrfurth, von Heyden, Graf Eulenburg.
 Präsident von Köhler macht zunächst dem Hause Mitteilung von dem Ableben des Abg. Spangenberg, dessen Andenken das Haus in üblicher Weise ehrt.

Die Debatte wird eröffnet durch

Minister Miquel. Der Nachtragssetat sei nötig geworden, um die besonderen Verhältnisse des neuen Ministerpräsidenten entsprechend zu regeln. Die Ausweisung des Gehalts bedürfe noch seiner besonderen Begründung. Ob die für Mitgliedschaft vorgesehene Summe reichen werde, werde von den Verhältnissen abhängig sein und eventuell eine Nachforderung dem Hause zugehen.

Abg. Richter erinnert daran, wie er leider nicht sofort habe zu Wort gelassen werden können, als der Herr Ministerpräsident seine erste Rede gehalten. Er habe das um so mehr bedauert, angesichts der Aufnahme, welche der Herr Ministerpräsident auf der rechten gefunden, einer Aufnahme mit Zischen, einer Aufnahme also, wie sie hier wohl noch in einem Ministerpräsidenten bereit worden sei. Die Herren von der Rechten hätten doch lieber ihrem Bischen einen deutlichen Ausdruck geben sollen. Als vor den Herren hier die erste Beratung habe stattfinden sollen, da hätten er und seine Freunde es entschieden ablehnen müssen, diese Vorlage, zumal nach der Rede des Herrn Ministerpräsidenten, ohne Diskussion in die Budgetkommission zu schicken. Und deshalb sei von Rechts der Gedanke aufgetaucht, die Verhandlung zu vertagen. Um so eigentümlicher sei es gewesen, wie die Rechte damals den Antrag Hübner auf Vertagung der Verhandlung angenommen habe. Es sei das für ihn und seine Freunde eine Lehre, künftig Besprechungen gegenüber, die hinter den Kulissen stattfinden, vorsichtiger zu sein. Er und seine Freunde hätten nun keinen Grund, dem neuen Präsidenten des Ministeriums gegenüber besonders oppositionell aufzutreten, sie würden demselben ebenso objektiv gegenüberstehen wie dem vorigen. (Rachen rechts.) Er glaube, alle Herren von der Minorität, welche dem Schulgesetz opponiert hätten, würden mit ihm in dem einen Punkte übereinstimmen. Das eine Gute habe dieses Schulgesetz gehabt, das es die Schüler im Lande ausgetrieben habe! Und dieses segensreiche Ereignis wäre noch wirksamer geworden, wenn die Vertagung des Schulgesetzes noch etwas weiter verzögert wäre. Seine Freunde hätten daher gar kein Interesse gehabt an dem schroffen Abbruch der Schulgesetz-Verhandlungen. Seine Freunde würden den ganzen Sommer hindurch geüben und Paragraph für Paragraph bekämpft haben. Eine Verständigung freilich sei unmöglich gewesen, denn Zentrum und Konfessionen hätten ja in der Kommission noch den Herrn Ministerpräsidenten übertrumpft und den vorgelegten Entwurf noch verschlechtert. Dem verlassenen Kultusminister, so schärfte sie ihm opponiert hätten, müßten doch er und seine Freunde zugeben, daß er ein ehrlicher, überzeugter Staatsmann gewesen sei und daß derselbe auch die Überzeugungen anderer geachtet habe — im Gegensatz zu dem System Bismarck. — Das Schulgesetz sei einstweilen befriedigt, auf wie lange? wisse man nicht. Ob die Schwankungen in dem Regierungssystem sich wieder einstellen würden, wie unter Caprivi, das sei der Zukunft anheimgegeben. Aber alle Parteien seien ehemals darin einig gewesen, daß, wenn es nicht zu einem Schulgesetz komme, dann wenigstens ein Dotationsgesetz zu Stande kommen müsse. Er wisse leider nicht, wie sich jetzt die Konfessionen hierzu stellen würden, zumal in Anbetracht der „reinlichen Scheinung“, welche sich jetzt zwischen denen um Stöcker und denen um Hübner vollziehe. Die Konfessionen würden ja demnach ihr neues Programm bekräften, in das ja auch die Judenfrage aufgenommen werden solle. Geklärt sei die Sache darüber noch nicht. (Rufe rechts: doch! doch!) Dann sollten sich die Konfessionen nicht genieren und die Judenfrage aufnehmen! Die Millionen für das Schuldotationsgesetz seien ja jedenfalls da, die 9 Millionen, welche die Regierung selber aus dem Mehreinkommen aus der neuen Einkommensteuer hierfür bestimmt gehabt habe. Er wisse auch wirklich nicht, was der Herr Finanzminister jetzt mit den 9 Millionen anfangen wolle. (Weiterkeit. Miquel lacht.) Er bitte jedenfalls, nicht mit dem ganzen Schulgesetz auch zugleich das Dotationsgesetz fallen zu lassen. Sonst bedeute das: keine Herrschaft der Kirche über die Schule — keine Dotation der Lehrer! Redner geht sodann auf die neue Organisation und den Scheideweg von Minister-Präsidium und Reichskanzler über. Daß diese Trennung nicht vortheilhaft sei, darüber sei n wohl alle Parteien einig. Er könne sich keinesfalls denken, daß ein Minister-Präsident ohne Unterstützung eines großen Reichs auf die Dauer amiren könne. Der Reichskanzler habe im Reichstage erklärt, man überlasse die Stellung eines Ministerpräsidenten. Aber er meine doch — es sei fraglich, ob der Reichskanzler in seiner Stellung als preussischer Minister des Auswärtigen im Lande sei, den deutschen Einfluss in dem preussischen Ministerium gegenüber parlamentarisch-preussischen Einflüssen zu behaupten. Habe doch als Bismarck am 9. November 1873 das Präsidium in Preußen nach kurzer Unterbrechung wieder übernehmen müssen, weil er das für durchaus notwendig

erkannte. Nur ein Vizepräsident des Staatsministeriums sei ihm damals zu seiner Entlastung bestellt worden. Dabei sei auch ein damaliger etatmäßiger Vorgang von Interesse. Damals sei nämlich dem Vizepräsidenten ein Gehalt von 36,000 Mark ausbezahlt worden. Es würde heute auf ihn einen besseren Eindruck machen, wenn diese 36,000 Mark für den Vizepräsidenten eingezogen würden. In wieviel etwa mit dieser Frage die angebotene Demission des Herrn Vizepräsidenten zusammenhänge, wisse er nicht. Unklar sei die Stellung des Ministerpräsidenten zu den Einrichtungen des Reiches, in Betreff der Stimmführung der preussischen Stimmen im Reich. Verreite derselbe Preußen im Bundesrat? Habe doch sonst Bismarck einstmalig gesagt, daß in allen deutschen Fragen er als Minister des Auswärtigen Preußen im Reich vertreten, Preußens Stimmen führen und die Instruktion über die Stimmabgabe Preußens im Reich erteilen müsse. Ueber diese Fragen müsse völlige Klarheit geschaffen werden. Ob das Entlassungsgesetz des Herrn v. Bötticher mit diesen Kompetenzfragen zusammenhänge, wisse er nicht. Er nehme an, daß Herr von Bötticher nach wie vor Vertreter des Reichskanzlers im Staatsministerium sei. Er und seine Freunde würden jedenfalls die Entwicklung der Dinge abwarten. Und sicherlich würde es auch nach und nach des Sachens des Schulgesetzes eine Thorheit sein, wollte man im Volke glauben, daß nun alle Gefahr vorbei sei. Er nehme an, daß die Freunde sich mit vollkommener Ruhe der Zukunft entgegen, ungeachtet dessen, daß man jetzt versuche, die Gewissensberührung der Lehrer, wie sie das Schulgesetz geplant habe, auf dem Verwaltungswege durchzuführen. Sei nur das Volk wachsam, so sei die Gefahr nicht groß. Sei es auch nicht trotz Zentrum und Konfessionen. Denn diese seien nur ein Ueberbleibsel der verhängnisvollen Bismarckschen Politik und dieselben würden verschwinden, sobald die Regierung ihre Hand von ihnen abziehe. (Beifall links, Gelächter rechts.)

Abg. v. H. auch Haupt: Er wolle namens der Konfessionen nur eine kurze Erklärung abgeben. Seine Freunde glaubten, die gegenwärtig vollzogene Trennung der Aemter des Reichskanzlers und des preussischen Finanzministers würde sich als dauernde Institution nicht bewähren. Sie glaubten aber im Hinblick auf die erfolgte Ernennung des neuen preussischen Finanzministers, der die Vertiefung nicht entziehen zu können, die hier geforderten Entzifferungen zu bewilligen und beantragten daher die Ueberweisung derselben an die Budgetkommission, um diese Angelegenheit zum Austrag zu bringen. Indem seine Partei hierbei auf die Gründe der letzten Ministerkrise nicht eingehe, könne sie ihr Bedauern nicht unterdrücken, daß ihr bei Vertagung des Schulgesetzes nicht die Zeit gelassen worden sei, die geringen Widerstände, welche sich gegen dieses Gesetz geltend gemacht hätten, zu überwinden (Widerpruch und Rachen links), und eine Verständigung herbeizuführen, welche ein befriedigendes Resultat hätte erwarten lassen. Diese seine Erklärung beruhe auf einstimmigem Beschluß seiner Partei.

Abg. v. H. (Zentr.): Seine politischen Freunde glaubten die Sache nicht so kurzer Hand erledigen zu können, wie der Vorredner. Zunächst müsse er seine Partei gegen die Ausführungen des Abg. Richter rechtfertigen. Derselbe habe die Gründe für die Vertagung anerkannt und sich bereit erklärt, für dieselbe zu stimmen. Was die Anschauungen Richters über das Schulgesetz anbelange, so hoffe er zum Wohle des Landes nicht, daß dieselben jemals zur Geltung gelangen (Beifall rechts). Die Herren sollten sich nicht der Schulgesetzgebung von 1873 rühmen, denn dieselbe hätte den Kulturkampf hervorgerufen und das Land vergiftet. (Widerpruch links, Beifall rechts.) Auch das Schuldotationsgesetz werde nicht allgemein verlangt, denn es würden auch bei diesem Gesetze konfessionelle Fragen zur Geltung gebracht werden müssen. Wenn er sich gegen die Vorlage habe einschreiben lassen, so sei das nicht der Sache wegen geschehen, sondern der Ursachen wegen, welche diese Vorlage hervorgerufen habe, weil er den Rücktritt des Kultusministers Graf Jellibach bedauere und weil er lebhaft bedauere, daß dieser Rücktritt so verbunden habe, über das Schulgesetz im Landtage zu einer Verständigung zu gelangen. Er danke dem früheren Kultusminister, daß derselbe hier im Hause den christlich-konfessionellen Standpunkt vertreten habe, weil er Minister zuvor. (Beifall rechts.) Das Schulgesetz, wenn es zu Stande gekommen wäre, würde ein Bollwerk geworden sein für die christliche Anschauung im Lande. Hierdurch aber beabsichtige er durchaus nicht, irgend ein Mißtrauen gegen den jetzigen Kultusminister auszusprechen. Derselbe habe Veranlassung genommen, seine Stellung dem Herrenhaufe gegenüber darzulegen und diese Darlegung habe im Lande sehr bezeugend gewirkt. Er sei nun aber genötigt, der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten gegenüber Stellung zu nehmen, die ihn nach verschiedenen Richtungen hin nicht befriedigt habe. Der Herr Ministerpräsident habe gesagt, das Schulgesetz sei zurückgezogen worden, weil „die Gegenstände sich zu unermittelt gegenüberstünden“. Ja, glaube denn der Herr Ministerpräsident, daß diese Gegenstände sich überhaupt vermitteln ließen? In einem Lande, wo der Unglaube, die sogenannte Kultur (stürmisches Rachen auf der Linken) solchen Umfang habe, könnten die Gegenstände nicht „vermittelt“ werden, der Kampf zwischen beiden Mächten ausgezogen werden. Der ganze etwa der Herr Ministerpräsident, der Gegenstände seien dadurch geringer geworden, daß das Schulgesetz zurückgezogen worden sei? Weiter habe der Ministerpräsident gesagt, in der Kommission sei eine Verständigung nicht herbeigeführt worden (Richter: Sehr richtig!). Sehr unrichtig! Herr Richter (große Heiterkeit). Er bekenne, daß die Regierung eine Verständigung gewisse, natürlich — mit den Mittelparteien. (Weiterkeit.) Aber dem Zentrum und den Konfessionen könne man nicht zumuthen, um solcher Verständigung willen ihre Ueberzeugung aufzugeben. Wenn nur die Regierung fest geblieben wäre, so wäre eine Verständigung, so weit solche erforderlich war, wohl zu Stande gekommen. Zentrum und Konfessionen seien bei diesem Gesetze immer zusammengegangen, die letzteren hätten, wie er ihnen ausdrücklich anerkennen müsse, keinen Rückzug angetreten. Die heutige Erklärung Reichskanzlers habe er freilich etwas schärfer erwünscht. (Weiterkeit.) An den 9 Millionen

Schuldotation wäre das Gesetz jedenfalls nicht gescheitert. Redner geht dann näher auf die Stellung der Mehrheit des Hauses zu den Einzelfragen des Schulgesetzes ein. In einer Zeit, wie der jetzigen, sollte die Linke doch andere Mühen und andere Sorgen haben, als die, daß nur ja nicht zu viel Religion in die Schule hineinkomme. Mit diesen Herren sei eine „Verständigung“ also, wie er dem Herrn Ministerpräsidenten sagen müsse, schwer. Aber in Bezug auf diesen müsse und könne er allerdings die Hoffnung aussprechen, daß auch er befreit sein werde, die Schule auf streng religiöser Basis zu stellen.

Ministerpräsident Graf Eulenburg: Er glaube in der Frage des Schulgesetzes dem Herrn Kultusminister nicht vorgehen zu sollen, müsse darauf aber mit Rücksicht auf seine Erklärung mit einigen Worten eingehen. Es kam dabei Folgendes in Betracht: Als der gegenwärtige Kultusminister in das Amt trat, da befand sich die Vertagung des Schulgesetzes in einer Lage, in der sich darüber kaum mehr eine Verständigung erwarten ließ. (Hoi! rechts und im Zentrum.) Nachdem der Graf Jellibach seinen Abschied genommen hatte, konnte man nicht erwarten, daß irgend ein Kultusminister und wenn er noch so sehr mit dem Grafen Jellibach übereinstimme, ohne Weiteres in die weitere Vertagung des Schulgesetzes würde eintreten können. Dies war die damalige Sachlage und seine damalige Erklärung sei nur das Fazit der vorhandenen Situation gewesen. Was sei denn in diesem Falle unter Verständigung zu verstehen? Bei großen Gelegenheiten werden die Fragen schließlich nur durch Abstimmung entschieden; es gebe aber Fälle, und das sei zum ersten Male bei dem Schulgesetz eingetreten, daß man sich die Frage vorlegen müsse, ob ein Ergebnis herbeigeführt werde, mit dem man zufrieden sein könne. Die Meinungsverschiedenheiten und Gegenstände im Lande lassen sich durch Abstimmung nicht ausgleichen. (Sehr richtig! links.) Der Kampf werde weiter gekämpft werden müssen, so lange ein politisches Leben bestünde. Für die Regierung sei aber die Frage von großer Bedeutung gewesen, ob durch die Abstimmung ein Resultat erzielt werde, mit dem schließlich auch der Unterlegende sich zufrieden geben könne und die Befriedigung lag vor, daß auf dem Boden des Entzuges man zu einem solchen Resultat nicht gelangen werde. Daß mit der Zurücklegung des Schulgesetzes irgend ein Präjudiz für die Stellung der Regierung zu den kirchenpolitischen Fragen nicht gegeben sei, verleihe sich von selbst. Ebenso daß fortwährend überlegt werden, wie die Sache weiter zu führen sei. Das wird ohne Kraft, aber freilich auch ohne Hast geschehen. — Was nun die Vorlage anlangt, so sei eine eigentliche materielle Mängelung nicht erfolgt, er brauche also darauf nicht näher einzugehen. Ob die Einrichtung, wie sie jetzt sei, nur eine vorübergehende sein werde, wie Richter meine, das, meine er, könne man ja abwarten. Aber er glaube auch nicht, daß die jetzige Organisation nur eine vorübergehende und ansehnliche sei. Er glaube, die Zahl der Personen, die geneigt seien, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen, sei keine große. Er glaube aber weiter, der Wechsel in dem Reichskanzleramt dürfe kein zu häufiger sein. Auch an einen Wechsel zwischen Premierminister und Reichskanzler glaube er nicht angesichts der gemeinsamen Interessen. Ein Wechsel in einer Brust sei ja allerdings leichter auszuweichen, als ein solcher in zweien. Aber wenn in beiden Theilnehmern die Ueberzeugung und Erkenntnis obwalte, daß eine eipreßliche Thätigkeit nur möglich sei bei einem vertrauensvollen Zusammenwirken, so glaube er doch, daß solcher Wechsel nicht zu befürchten sei. Was nun die von Richter angeregte formelle Frage anlangt, so befinden darüber seine Reglements. Aber als praktischer Minister des Auswärtigen verstehe es sich von selbst, daß der Reichskanzler die Leitung der laufenden Geschäfte im Bundesrat habe, aber in allen wichtigen Angelegenheiten werde er sich der Zustimmung des Staatsministeriums zu versichern haben und das auch zweifellos thun. Ob der Ministerpräsident ein Ressort haben solle oder nicht, sei lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage. Daß der Präsident des Staatsministeriums mehr zu thun habe, als den Vorstoß zu führen und die Stimmen zu zählen, sei klar; es ließen sich noch genug Geschäfte für ihn übrig. (Beifall.)

Kultusminister Boffe konstatirt seine vollkommene Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten (Beifall) und geht dann zu einer Darlegung seiner Ansichten über, wenn er auch programmatische Aeußerungen über die prinzipielle Leitung seines Ressorts ablehnen müsse. Solche hätten auch nach der erst kurzen Zeit seiner Amtsführung wenig Werth, da sie vielleicht später korrigirt werden müßten. Das aber könne er sagen, daß die Vorlage eines neuen Schulgesetzes zunächst nicht von ihm erwartet werden könne; das sei nach einer Verwaltung von wenigen Wochen bei der Schwierigkeit gerade dieser Materie nicht zu verlangen. Hier bei solchem Gesetze müsse ein Minister seine ganze Persönlichkeit einsetzen. Nun sei die Frage aufgeworfen, ob es nicht wenigstens möglich gewesen wäre, ein Dotationsgesetz jetzt noch voranzuschicken. Aber wenn dies seinen Zweck erfüllen solle, dann müsse doch ein solches Gesetz in erster Linie die Frage entscheiden, wer Träger der Schulunterhaltungspflicht sein solle. Und damit gerathe man also mit einem Schritte in den Bereich der großen Schulfragen wieder hinein. (Sehr richtig! rechts.) Und dieses Dotationsgesetz ließe auch in Zusammenhang mit dem voraussichtlich in nächster Session erscheinenden Kommunalsteuer-Gesetz. Deshalb sei er in Bezug auf den Termin der Vorlegung eines Schuldotationsgesetzes vollständig freie Hand haben. Zunächst also handle es sich für ihn um Führung einer ruhigen Verwaltung. Und sei es bisher gegangen, habe sich das Schulgesetz entwickeln können, so werde das doch eine Zeit lang noch weiter so gehen können ohne das Dotationsgesetz. Er werde sich die größte Mühe geben, zu beweisen, daß auch auf dem Verwaltungsweg sich manches erreicht lasse, was auf dem gesetzlichen Wege einstweilen nicht erreichbar sei. So hoffe er die künftige Gesetzgebung vorzubereiten. In seiner Erklärung im Herrenhaufe habe er nichts zu ändern (Beifall rechts), er sei sich der großen Verantwortung, die auf ihm liege und der großen vitalen Interessen, die in Frage ständen, bewußt. Gewissenszwang sei das letzte, was er wolle, er

glaube auch nicht, daß irgend eine der großen Parteien im Hause ihn wolle. Er halte den Gewissenszwang für das verwerflichste, was es auf dem religiösen und auf irgend welchen anderen Gebieten geben könne. Was er wolle, das sei allein — ein verständiges, ausgleichendes Wirken, welches zu einer Verständigung führe. Und auch in Bezug auf seine Stellung zu politischen Gegnern werde er in die Fußstapfen seines großen Vorgängers treten. Er hoffe, dabei auf die Teilnahme des ganzen Hauses rechnen zu dürfen.

Abg. Hübner (natl.) beginnt mit der Erklärung, daß der Antrag auf Vertagung von seinen Freunden nicht angenommen sei, diese vielmehr ganz untheilhaftig daran gewesen sei. Er habe den Antrag gerade mit Rücksicht auf die damalige nicht bequeme Lage der konservativen Partei gestellt. Was nun die Vorlage selbst anbelange, so seien die derselben zu Grunde liegenden persönlichen Gründe schon Gegenstand eingehender Erörterung im Reichstage gewesen und müsse er sich mit den dabei entwickelten Gründen begnügen. Ein Bedenken von preussischer Seite liege gegen die getroffene Einrichtung nicht vor. Den Abschluß der Verhandlungen über das Schulgesetz als einen günstigen, da dasselbe nur von einer sehr kleinen Minorität verteidigt worden sei. Die übergroße Majorität im Lande sei durch die Zurücknahme des Gesetzes von einer sehr großen Last befreit worden. (Zustimmung links, Beifall rechts.) Wir hätten uns allerdings gefreut, die Gründe unseres Widerspruchs gegen das Gesetz darlegen zu können, aber wir haben dem Könige zu danken im allgemeinen Landesinteresse, daß er das Gesetz zurückgezogen hat. (Sehr richtig!) Es sei eben kein Staatsgesetz denkbar, welches die Ansprüche der Kirche begrenzen und zugleich befriedigen könne. (Sehr richtig!) Was das Schuldotationsgesetz anbelange, so seien die demselben entgegenstehenden Schwierigkeiten nur scheinbare. Die Verhandlungen über das Schulgesetz haben das Volk zu einer bisher kaum noch erlebten machtvollen Meinungsäußerung angeregt. Man habe in dem bisherigen ruhigen Entwicklungsstand der Schule eine gefährliche Unterbrechung durch die Kirche einführen versucht und dem habe sich das Volk widersetzt. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (fr.) betont, daß die schärfere Strömung in der konservativen Partei mit dem Zentrum den Versuch gemacht habe, bei dem Schulgesetz die Mittelparteien an die Wand zu drücken. Es sei nicht einmal der Versuch einer Verständigung mit der freikonservativen Partei gemacht worden. Es sei ein solches Bündnis zwischen der konservativen Fraktion und dem Zentrum abgeschlossen worden, den Schulgesetzentwurf möglichst unverändert zur Annahme zu bringen. (Widerspruch rechts. Nicht unterbrochen!) Nun mit ganz geringen, nicht prinzipiellen Änderungen. Er habe allerdings nach der ersten Erklärung des Ministerpräsidenten v. Jellibach jede Hoffnung auf eine Verständigung aufgegeben gehabt und offen erklärt, daß er die Einbringung des Schulgesetzes für einen großen politischen Fehler halte, den Fürst Bismarck nicht gemacht haben würde, schon um nicht eine Spaltung unter den Parteien, die bisher zusammen gegangen, herbeizuführen. Es lasse sich nicht bestreiten, daß in der konservativen Partei eine Wandlung eingetreten sei (Widerspruch rechts), das beweise die Maßregelung des Führers v. Hübner und die erforderlich gewordene Aenderung der Statuten der Partei. Der Schulgesetzentwurf habe die Gefahr in sich getragen, den hierarchischen Bestrebungen ein zu großes Feld einzuräumen. Der Staat könne den Wünschen der Kirche möglichst Rechnung tragen, aber das Recht der Schulhoheit dürfe er niemals aus den Händen geben. Für staatliche Verhältnisse solle man sehr vorsichtig sein, Religion und Kirche in dem Maße heranziehen, wie die Vertheidiger des Schulgesetzes es wollten. Was die staatsrechtliche Frage anbelange, so hoffe er, daß sich die Erwartungen erfüllen werden, welche von Seiten der Regierung heute ausgesprochen seien. Die Frage der Stimmabgabe im Bundesrat sei von großer Bedeutung, da es sich dabei nicht allein um Fragen der auswärtigen Politik, sondern auch um viele andere, namentlich auch wirtschaftliche Fragen handle und stimme er in dieser Beziehung Richter bei.

Abg. Stöcker (kons.) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners und weist namentlich den Vorwurf der Hierarchie von der konservativen Partei zurück. Es sei dies ein Schredensposten, mit dem man Kinder graulich machen wolle. Der Sturm gegen das Schulgesetz liege nicht in der Sache selbst begründet gewesen, sondern in dem im nächsten Jahre bevorstehenden Wahlen. Das Schulgesetz anbelangend, so sei von den andern Parteien auch nicht einmal eine Verständigung versucht, denn eine Verständigung könne doch nicht über das ganze Gesetz, sondern nur bei den einzelnen Bestimmungen erfolgen. Im Laufe seien die Gegenstände nicht so scharf hervorgetreten, wie im Lande, so flüchtig geführt worden seien (Widerpruch links.) War der vom Reichskanzler betonte Gegensatz: Christenthum und Antichristenthum auch vielleicht hier zu scharf, so sei doch klar, daß in dem Kampfe gegen das Schulgesetz sich Christenthum und Antichristenthum gegenüberstünden (Widerpruch und Heiterkeit links) und die Presse, welche das Antichristenthum vertrat, sei nicht die fortschrittliche, die sozialdemokratische, sondern die nationalliberale gewesen. (Weiterkeit.) Beweis: Römische Zeitung! Er verlange eine von der öffentlichen Meinung unabhängige Regierung und bedauere das Nachgeben derselben im Interesse seines Volkes und seines Vaterlandes. (Heiterkeit links.) Niemand von seinen Freunden wolle gewaltsamen Gewissenszwang. (Rufe links: Nein! nein!) Wenn Richter einen neuen Sturm in Aussicht gestellt habe, so sei das nichts weiter als Agitation und wenn er weiter gesagt habe, der Kampf werde weiter bis aufs Messer geführt werden, so glaube er das. Das Messer werde dasselbe bleiben und das Ausschneiden auch. (Beifall rechts, Heiterkeit links.)

Abg. Richter (fr.): Zunächst liege wohl alle Ursache zur Genugthuung darüber vor, daß überhaupt Anstoß zu diesen Verhandlungen gegeben worden sei. Gelobt habe sich diese Debatte allein schon um der heutigen Auseinandersetzungen willen zwischen Konservativen und Freikonservativen, Auseinandersetzungen, bei denen bis auf 1866 zurückgegriffen worden sei. Herr Stöcker habe die damalige Nachsicht der Zu-

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld: W. Thienes, Greifwald G. Illies. Halle a. S. Jul. Bartsch & Co. Hamburg: Heine, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

benutzt als einen Fehler bezeichnet. Nun, vier Jahre sei zuvor verfassungswidrig gewirksam gewesen, e i b r ü c k i g, da sei die Nachsicht der Inbematität eine politische ebenso wie eine rechtliche Nothwendigkeit geworden. Selbst Herr Stöcker sollte doch Respekt vor eiblichen Verpflichtungen haben. (Beifall.) Nicht-Nachsicht der Inbematität sei bei der damaligen äusseren Lage der Monarchie eine große Gefahr für Preußen gewesen. Gegenüber den Ausführungen des Herrn Stöcker über den Mangel an Geilichkeit im Volke erinnere er den Herrn an die Denkwürdigkeiten aus dem Nachlasse des Grafen Moltke, der gesagt habe, daß alle Religionen eine gemeinsame Grundlage in der allgemeinen menschlichen Moral haben. Nun, des Grafen Moltke brauchten sich die Konservativen wohl nicht zu schämen. Wenn Stöcker einmal das Facit seines Lebens ziehe, dann werde dasselbe wohl wahrlich anders lauten. Herr Stöcker habe heute, einem Komiker gleich, für einen guten Abschluß seiner Rede sorgen wollen, sogar schon bis zu Ralauern sei derselbe herabgefallen. (Beifall links.) Das erinnere an die Theater-Direktoren, aber freilich nicht an klassische, sondern an solche, die ihr Gewerbe im Umherziehen treiben. (Heiterkeit und Beifall.) Stöcker habe gesagt, das Königthum solle sich unabhängig machen von der öffentlichen Meinung. Wie könne das ein Stöcker sagen, der doch selber so sehr die öffentliche Meinung bearbeitete. Beilage man so die öffentlichen Zustände, wie diese Stöcker gethan, so sollte man doch bedenken, daß bisher nur Konervative bei uns am Ruder gewesen sind. Wir haben eben zu viel konservative Regierung gehabt! Wenn Stöcker und Hüne so, wie sie dies thäten, über die vorhandenen Gegenstände dächten, über Christenthum und Antichristenthum, dann dürften sie sich doch auch nicht so eifern über das Nicht-zufandekommen einer Verständigung. Sehr geschickt habe der Ministerpräsident in Bezug hierauf bemerkt, daß die Zurückziehung des Schulgesetzes nötig geworden sei durch das Dazwischentreten des Entlassungsgesetzes des Grafen Jellibach. Aber da werfe sich von selbst die Frage auf nach der Ursache dieses Entlassungsgesetzes. Er sei der Ansicht, daß man die Krone nicht in ihren Entscheidungen verstricken dürfe, aber — er sei auch der Ansicht, daß Minister keine Posten sein dürften, und deshalb halte er es nur für richtig, daß Graf Jellibach die Konsequenz der veränderten Stellung der Krone gezogen und seine Entlassung geboten habe. Ebenso richtig sei das Verhalten des Grafen Caprivi gewesen. Aber bemängelt hätte er es auch für richtig gehalten, wenn das ganze Ministerium seine Entlassung angenommen hätte, denn auch diese anderen Minister alle seien für das ganze Schulgesetz engagirt gewesen. (Sehr richtig! Zentrum.) Das ganze Ministerium hätte dann rekonstruirt werden müssen. Daß die Mehrheit dieses Hauses bekräftigt worden sei, jagt Richter, das sei richtig. Aber diese Mehrheit bekräftigt ihre ganze Opposition trotzdem nur auf Richter, — Jeder werde eben so behandelt, wie er es sich gefallen lasse. Das Zentrum habe heute zu Ehren des Grafen Jellibach die Salben abgehoben, die Konfessionen hätten dazu nur Bravos gerufen, selber aber weiter nichts gesagt. „Gott bewahre uns vor einer solchen Geißel!“ (Stürmisches Heiterkeit.) Voriges Jahr jubelten die Konservativen dem Götterkaiser Entwurf zu, dies Jahr dem Jellibach, — wie könnten da die Konfessionen erwarten, daß die Regierung auf sie auch nur die allergeringste Rücksicht nehme. (Beifall rechts.) Jetzt allerdings zeigten sie ja einige Zeichen von Selbstständigkeit, wenigstens gegenüber Herrn von Hübner. (Weiterkeit.) So, wie dieser von den Konfessionen, sei noch niemals ein Mitglied von einer Partei behandelt worden. Werden Sie nur etwas selbstständiger! Fassen Sie Muth, es wird schon gehen! (Große Heiterkeit.) Allerdings, daß die Konfessionen wirklich größere Fortschritte in ihren Selbstständigkeitsbestrebungen machen würden, könnte er im Grunde nicht glauben. Redner führt weiter aus, daß die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten in Bezug auf die Unfähigkeit der Trennung der Aemter ihn nicht überzeugt habe. Was der neue Herr Kultusminister heute gesagt, sei nicht viel mehr werth, als ein weisses, undeutliches Stück Papier. Am besten habe ihn noch gefallen, was Boffe über den Gewissenszwang gesagt habe. Aber — dann solle der Minister doch auch sofort einen Aufsat machen und den Erlaß seines Vorgängers über den Religions-Unterricht der Disibenten wieder aufheben. Gegen diesen Erlaß liege ja sogar die Schulgesetz-Mehrheit dieses Hauses! Redner hält sodann gegenüber dem Kultusminister den Weg eines Schuldotations-Gesetzes für durchaus gangbar. Diese Krisis werde schwerlich die letzte sein; wir befinden uns jetzt in einem Uebergangs-Periode, in dem es einzuweisen an weiteren Gelegenheiten zu Reibungen zwischen Ministern und Krone und Ministern und Parteien nicht fehlen werde. Er hoffe, daß die nächsten Wahlen jedenfalls eine Mehrheit bringen würden, welche den liberalen Vertretungen mehr als die bisherige Rechnung tragen würde. (Beifall links.)

Ein Antrag auf Vertagung wird jetzt eingebracht und angenommen. Vor der Annahme des Antrages erhebt sich noch

Ministerpräsident Graf Eulenburg: Er müsse Verwahrung gegen die Behauptung des Vorredners erheben, daß eine frühere Regierung eibrichtig gehandelt habe. Auch er kenne die damaligen Verhältnisse und damaligen Meinungsverschiedenheiten, aber von einem Eibbruch damals könne nicht gesprochen werden.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 3/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 28. April. Seine Majestät der Kaiser trat gestern Abend 9 Uhr 25 Min., nachdem er noch Ihrer kaiserlichen Hoheit der Großherzogin Marie einen längeren Besuch abgestattet hatte, mittels Sonderzuges die Reise nach Meppen an. Nach der heute Morgen erfolgten Ankunft daselbst gedachte der Kaiser sich sofort nach dem dortigen Schloßpale zu begeben, um daselbst, wie gemeldet, einigen Schießversuchen beizuwohnen.

Der Aechel grösstes ist die Schuld!

Kriminalroman von Georg Söder.

(Kaufmann verboten.)

41) „War auch Fräulein v. Gerstberg schon so lange um die Person Ihres Herrn?“
„Nein, die Dame führte die Haushaltung erst seit sechs Jahren.“
„War Herr v. Engler freigebig gegen dieselbe?“
„Es ist mir berichtet worden, daß die Dame immer über große Geldmittel verfügt haben soll.“
Der Diener schüttelte energisch den Kopf. „Nein, im Gegenteil,“ versicherte er, „Fräulein Dora ist von dem alten Herrn sehr knapp gehalten worden. Der Herr Baron hielt sogar ihre Schmuckstücke unter Verschluss, sie hatte weiter nichts als das Haushaltungsgeld von ihm, freilich zwachte sie davon ab, was sich nur irgendwie ermöglichen ließ. Sie hatte so ihre kleinen Leiden.“
„Verkehrte Sie öfters mit dem Trödler Schimmel?“
Der Diener nickte eifrig. „Gewiß, darauf wollte ich eben zu sprechen kommen,“ berichtete er. „Sie machte oft kleine Geschäfte mit dem Trödler, an dessen Gütern sie ja tagtäglich vorüberkommen mußte. Sie besaß eine wahre Leidenschaft für alte, edle Spitzen, da kaufte sie oft ganze Stücke.“
„War der Trödler auch einmal im Hause des Barons anwesend?“
„Nein, Dagegen hielt sich Fräulein Dora mit Vorliebe in seinem Laden auf, ich mußte sie

sogar manches Mal herüberholen, wenn der alte Herr ihres langen Ausbleibens wegen ungeduldig geworden war.“
„Der junge Baron v. Engler verkehrte nicht mehr im Hause seines Oheims?“
„Nein!“
„Ist Ihnen die Ursache seines Ausbleibens bekannt?“
„Zunächst, der gnädige Herr hatte ihm das Haus verboten.“
„Aus welchem Grunde?“
„So genau weiß ich das nicht. Ich vermuthe, der junge Herr hat Geld haben wollen. Der Herr Baron hatte sich schon öfters mit ihm befehlig, und als es zwischen den Beiden zum Bruch gekommen war, da sagte mein Herr Abends in größtem Unmut zu mir, ich dürfe den jungen Herrn niemals wieder vorlassen, er sei kein Verlässlicher und jammiger Pfaffenreiter, der keinen Pfennig Unterstützung verdiene.“
„Wann geschah dies ungefähr?“
„Das weiß ich zufällig ganz genau,“ entgegnete der Diener. „Es war am letzten Geburtstage des gnädigen Herrn, am 24ten Januar dieses Jahres.“
„War Fräulein v. Gerstberg bei der Streitscene zugegen?“
„Dessen kann ich mich nicht erinnern.“
„Wissen Sie vielleicht, ob das Verhältnis zwischen dem Fräulein und Hugo v. Engler ein gutes gewesen ist?“
„Der junge Baron machte sich immer lustig über Fräulein Dora, wenigstens schien es mir,“ sagte der Diener. „Fräulein Dora aber hielt offenbar große Stücke auf ihren Verlobten, sie gönnte sonst selbst dem alten Herrn kaum ein Glas Wein aus dessen eigenem Keller, aber wenn der junge

Baron kam, mußte ich immer die theuersten Weine heraufholen, da spielten ein paar Flaschen mehr oder weniger gar keine Rolle.“
„Rudolph nicht befragt. Der Zeuge durfte sich nach der Zeugenbank begeben.“
17. Kapitel.
Die nunmehr zur Vernehmung gelangende frühere Köchin der Ermordeten sagte ziemlich übereinstimmend mit dem Diener aus.
„Jungfräulein,“ fragte plötzlich Rudolph, der bis dahin in den Akten geblüht hatte, „Sie sind mit den Gemahlinnen der Ermordeten Dora v. Gerstberg vertraut gewesen?“
„Ja,“ antwortete sie.
„Sie bezeugen eben, daß es nicht in den Gemahlinnen der Ermordeten gelegen hat, opulente Abendmahlzeiten, noch verstärkt durch feurige Weine, zu halten?“
„Nein, Fräulein Dora war im Gegenteil sehr mäßig.“
„Aber sie liebte den Putz, sie hatte eine Vorliebe für Spitzen und dergleichen?“
Die Jungfräulein schüttelte den Kopf. „Im Gegenteil, sie war äusserst sparsam und einfach. So trug sie nicht einmal ihre Schmuckgegenstände, sondern ließ dieselben im Kassenfächer von dem Herrn Baron aufbewahren.“
„Nun, der Diener sagte doch vorhin, daß sie pflichtig gewesen sei,“ wendete Rudolph ein.
„Sie soll viel Spitzen von dem Trödler Schimmel gekauft haben.“
„Es wird behauptet, daß sie mit demselben in näherem Verkehr gestanden hat.“
„Haben Sie dies etwa ebenfalls bemerkt, Jungfräulein?“
„Ach ja,“ erwiderte diese. „Das Fräulein aufte immer solch' altes Zeug, flumelang

konnte sie in dem räucherigen Laden des Trödlers verweilen, ich wunderte mich manchmal darüber.“
„So liebte sie jedenfalls auch, elegant gekleidet zu gehen?“
„Besonders des Abends machte sie sorgfältig Toilette, nicht wahr?“
„Wieder schüttelte die Jungfräulein den Kopf. „Im Gegenteil,“ versicherte sie, „das Fräulein machte es sich des Abends gern so bequem wie möglich.“
„Können Sie sich entsinnen, welches Kleid die Ermordete getragen hat, als Sie dieselbe zum letzten Male lebend gesehen haben, also im Augenblicke ihrer Verurteilung?“
Die Jungfräulein sann einen Moment nach. „Es war ein einfaches, helles Hauskleid, wie es Fräulein Dora auch tagsüber getragen hatte,“ berichtete sie dann.
„Sie nehmen dies auf Ihren Eid?“
„Ganz gewiß.“
„Aber ich begreife nicht, Herr Verteidiger, wozu diese Fragen dienen sollen,“ wendete der Präsident ein. „Sie erschweren und verlängern nur dadurch die Verhandlung.“
„Ich möchte nur feststellen,“ wendete sich Rudolph, unbeirrt durch die ihm gewordene Zurechtweisung, an die Geschworenen, „daß die Ermordete am nächsten Morgen in einem schweren Seidenkleide aufgefunden worden ist.“
„Haben Sie noch weitere Fragen an die Jungfräulein zu stellen?“
Als Rudolph verneinte, ließ er den nächsten Zeugen vortreten.
Es war dies der amtliche Sachverständige für Schriftvergleichung, welchem das seiner Zeit Hedwig zugegangene unorthographische Begleitschreiben zur Begutachtung vorgelegt wurde.
Aus dem ermüdend weitläufigen Vortrage

bestehen ging hervor, daß er sich in allen Punkten zu Alberts Ansicht bekannte und in dem Absender des Briefes einen dem gebildeten Ständen Angehörigen vermutete, der mit ziemlicher Gewissheit irrtige Annahmen über seine Persönlichkeit zu erwecken sich bestrebt hatte.
Alsdann kam der Schlossermeister Walter an die Reihe.
Diesen nahm der Staatsanwalt in ein Kreuzverhör. Der Zeuge mußte bekunden, daß nur ein ganz geschickter und geübter Mechaniker, dem obendrein die Konstruktion des Kassenfächers bekannt gewesen sein mußte, diesen ohne äußere Verletzungen hervorzurufen — zu öffnen vermocht hatte.
Rudolph richtete nur einige Zwischenfragen von untergeordneter Bedeutung an den Zeugen. Er ließ sich bestätigen, daß eine mit dem Kassenfächer ausgerüstete Person das Öffnen des Schrankes ohne jedweden Aufwand körperlicher Kraft zu vollbringen vermochte.
Der Untersuchungsrichter Alberti, welcher hierauf vernommen wurde, gab ein anschauliches Bild sowohl von dem Anblick in den Zimmern der Ermordeten, wie auch von den Verhältnissen der Unternehmung. Auf Verlangen des Präsidenten erklärte er, daß er völlig von der Schuld des Angeklagten überzeugt sei.
Polizeikommissar Gröfzer, welcher hierauf vernommen wurde, stimmte der Meinung seines Vorgesetzten durchaus nicht bei; er hielt mit seinen Zweifeln an der Schuld des Angeklagten nicht zurück.
(Fortsetzung folgt.)

Gener!

In der Nacht vom 2. zum 3. Osterfest fand in Bussow ein Schachfest statt, wodurch 9 Familien obdachlos geworden sind. Manche Familien haben nichts, andere nur wenig gerettet. Die obdachlosen Einwohner Stettins und Umgebung, deren Wohlthatigkeitsthat sich schon so oft bewährt hat, bitten wir herzlich, zur Linderung der Noth ihr Scherlein beizutragen.
Gemeindevorsteher Wittenberg in Bussow.
Bredner Schroeder in Bussow.
Die Expedition d. Bl. ist gerne bereit, Gaben in Empfang zu nehmen.

Aufruf!

Am 13. Oktober 1891 ist zu Filhne der Rentier Carl Julius Briese ohne Hinterlassung von Lebenserben und ohne Erziehung einer legitimen Verfügung verstorben.
Sein Vater ist der am 29. Juli 1798 auf der Feldmühle bei Ritz (Prov. Posen) geborene Carl Friedrich Briese, Sohn des Heide- müllers Johann Christoph Briese und seiner Ehefrau Beate, geb. Sieling (auch Sieling oder Seeligen).
Der so bezeichnete Vater des Erblassers, Carl Friedrich Briese, hat, nachdem er der von ihm übernommenen Heide- mühle verlustig gegangen, als der am 20. September 1825 geborene Erblasser vier Jahre alt war, also im Jahre 1829 oder 1830, die Heide- mühle verlassen in der ausgedehnten Absicht, sich nach Anstand und zwar nach Ostpreußen zu begeben.
Aber dem Erblasser blieb damals zurück die Ehe- frau des Carl Friedrich Briese, Emilie, geb. Wolfram. Letztere ist von ihrem Ehemann geschieden worden, ob vor, ob kurz nach seiner Aus- wanderung, ist unbekannt.
Seit seiner Auswanderung ist über Carl Fried- rich Briese nichts bekannt.
Der Anstand geben kann über den Verbleib von Carl Friedrich Briese, über eine etwa von diesem geschlossene zweite Ehe, über Kinder, welche etwa dieser Ehe entstammen, sowie die Mittelstellung dem unterzeichneten gerichtlichen Nachforschungs- gängen lassen. Carl Friedrich Briese und eheliche Kinder von ihm würden nämlich zunächst als Erben des Carl Julius Briese in Betracht kommen.
Auslagen werden erstattet. Der Nachlaß des Carl Julius Briese ist bisher auf ca. 90 000 Mark fest- gestellt.
Filhne, den 22. April 1892.

Der Nachlasspfleger:
Reinecke,
Rechtsanwalt.

Bekanntmachung

betreffend die Ermittlung der Zahl der in Fabriken und diesen gleichstehenden An- lagen beschäftigten Arbeiterinnen.
Vom 26. März 1892.

Auf Grund des § 139b Absatz 6 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 (Reichsgesetzbl. S. 261) hat der Bundesrat nachstehende Bestimmungen über die Ermittlung der Zahl der in Fabriken und diesen gleichstehenden An- lagen beschäftigten Arbeiterinnen erlassen.

1. Arbeitgeber, welche Arbeiterinnen in Fabriken, Hüttenwerken, Zimmereien und anderen Bauhöfen, in Werken, in Biegeleien, welche nicht bloß vorübergehend oder in geringem Umfange betrieben werden, in Berg- werken, in Salinen, Aufbereitungsanstalten, unterirdisch betriebenen Bräuden oder Gruben beschäftigen, sind verpflichtet, der Ortspolizeibehörde bis spätestens zum 2. Mai 1892 die Zahl der von ihnen am 1. April 1892 beschäftigten, über 16 Jahre alten minderjährigen und gewöhnlichen Arbeiterinnen schriftlich mitzuteilen. Die Mitteilung kann mit der nach § 138 der Gewerbe- ordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 (Reichsgesetzbl. S. 261) zu erstattenden schriftlichen Anzeige verbunden werden.

2. Auf Anlagen der unter Nr. 1 fallenden Art, welche nur einen Theil des Jahres im Betriebe sind und ihren Betrieb am 1. April 1892 bereits eingestellt oder noch nicht begonnen haben, finden die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige über die Höchstzahl der von ihnen innerhalb der Zeit vom 1. April 1891 bis zum 31. März 1892 beschäftigten Arbeiterinnen über sechs- zehn Jahre zu erstatten.

Berlin, den 26. März 1892.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
von Büttcher.

Stettin, den 27. April 1892.
Vorstehende Bekanntmachung wird hiernit zur öffent- lichen Kenntnis gebracht.
Königliche Polizei-Direktion.
Thon.

Friedenskirche

zu Grabow (Oder).

Am Sonntag, d. 8. Mai cr.:

Konzert.

Mans, Pastor.

Bekanntmachung.

Stettin, den 28. April 1892.
Zum Neubau der höheren Mädchenschule hieselbst soll die Lieferung von 1600 ehm Mauersteinen, 7000 hl gelblichen Steinfalt, 1,000,000 Stück Hindermauerungs-Steinen und 23,000 Stück Klinkern im Wege der öffentlichen Ausschreibung verbunden werden.
Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zu dem auf Montag den 16. Mai 1892, Mittags 12 Uhr, im Rathhause, Zimmer 38, angelegten Öffnungs- Termin postfrei einzuweisen, woselbst dieselben in Gegen- wart der etwa erschienenen Bieter geöffnet werden.
Die Bedingungen können im Bureau der Hochbau- Deputation gegen Entrichtung von 50 S. entnommen, oder gegen postfreie Einsendung dieses Betrages be- zogen werden.
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Stettin, den 28. April 1892.
Die Lieferung nachstehend verzeichneter Gegenstände, nämlich 16 Stück Decken und 16 Stück Wägen, 150 Kfm. Gummischlauch, 16 Paar Aufziehfeder, soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.
Angebote hierauf sind mit entsprechender Aufschrift versehen, verschlossen und postfrei bis zum Öffnungs- termin, welcher im Rathhause, Zimmer 41, am Montag, den 9. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, in Gegenwart der erschienenen Bieter stattfindet, einzu- legen.
Bedingungen und Angebotsformulare können wäh- rend der Dienststunden in dem Amtszimmer der Tief- bau-Deputation entnommen oder gegen postfreie Ein- sendung von 50 Pf. bezogen werden.
Der Magistrat, Tiefbau-Deputation.
als Krause.

Holzverkauf

der Oberförsterei Falkenwalde
Donnerstag den 5. Mai d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

in Fetting's Gasthof zu Falkenwalde:
300 Stück Kiefern Bauholz III. — V. M., meist starke Kistungen. 200 Stangen I. — III. M., 1000 St. IV. — VIII. M., 500 rm Brenn- holzer aus den Jagden 48, 61, 110 (Gefell- Durchstiche) und 120 St. des ganzen Haupt- reviers, 900 rm Nadel II. und III. M. (Strand), Jagd 120 (Gefell) 25 (Nadelrevier).
Der Forstmeister.

Bekanntmachung.

Swinemünde, den 11. April 1892.
Zur Verpachtung der Sommerfischerei in den Oderströmen, dem Papenwasser, im Haff, in der Diebenow, Swine, Peene nebst Achterwasser und den angren- zenden Gewässern nach dem Pachtzins auf 128 Pachtjahre vom 1. Juni 1892 bis dahin 1893 finden Termine an:

Donnerstag, den 12. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr, in Neuwar beim Hotelbesitzer Herrn Scheidling;
Montag den 16. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr, in Anklam beim Herrn Friedrich Scholtz;
Dienstag, den 17. Mai u. Mittwoch, den 18. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr, in Passau im Gasthof zum deutschen Kaiser;

Freitag, den 20. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr, in Wolgasterfährde beim Herrn C. Leewe;
Montag, den 23. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr, in Cabelow beim Gutsbesitzer Herrn Zaepfner;
Mittwoch, den 25. Mai d. J., Nachmittags 3 Uhr, in Kammin i. Pom. beim Kauf- mann Herrn Krümmrich;
Freitag, den 27. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr, in Hagen beim Kaufmann Herrn Wendt;
Montag, den 30. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr, in Stettin beim Hotelbesitzer Herrn Brechlich;
Mittwoch, den 1. Juni bis Freitag, den 3. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr, in Stettin beim Restaurateur Herrn Schultz, unter- wies Nr. 8.

in welchen die zu pachtenden Fanggeräte nach Art und Zahl anzugeben sind.
Die Pachtbeträge bis incl. 100 Mark sind pränume- rando ganz und über 100 Mark die erste Hälfte sofort bei Empfang des Pachtzins, die andere Hälfte am 1. Dezember d. J. zu zahlen.

Es werden jedoch nur solche Fischer zur Pachtung zugelassen, welche sich durch Vorlegung ihres früheren Pachtzins legitimieren.

Gleichzeitig werden auch Willkür auf Angelreusen ausgesetzt und zwar in Stettin am letzten Ver- pachtungstage und zwar von 11 Uhr Vormittags ab.
Der Königl. Oberförster.
Fütterer.

Ortskrankenkasse I.

Unsere diesjährige 1. ordentl. General-Versammlung findet am Freitag, den 29. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schmidt, Pöhlstr. 18, p. V. Viren-Allee-Str., statt.
Ein gut gehendes Handelsgeschäft ist Umstände halber zu verkaufen. Näh. in d. Exp. d. Bl., Hofmarkt 10.

Die grössten Gewinne

sind bei den Barletta u. t. Eisenbahn-Loosen
Frs. 2 Millionen, 1 Million, 600,000, 500,000, 400,000, 300,000, 200,000, 100,000, 60,000, 50,000, 30,000, 25,000, 20,000, 10,000, 5000 etc.
Gewinne die daar ausgezahlt werden.
Jährlich 10 Ziehungen.
Nächste Ziehung am 20. Mai 1892.
Monats-Einlage nur 8 Mark,
mit sofortigem Gewinn-Anrecht. Keine Nieten, jedes Loos ein Treffer. Sämtliche von mir verkauften Original-Loose sind m. deutsch. Stempel versehen und überall gesetzlich zu spielen erlaubt. Bestellungen erbitte rechtzeitig per Post-Anw. evtl. Nachnahme. Listen nach jeder Ziehung. Prospekt gratis.
Bank-Agentur G. Westeroth, Düsseldorf.

17. Stettiner Pferde-Lotterie.

Ziehung am 17. Mai 1892.

Hauptgewinne:

1 eleg. Jagdwagen m. 4 Pferden. 1 eleg. Halbwagen mit 1 Pferd.
1 eleg. Kutsch-Phaeton mit 4 1 eleg. Herrenphaeton m. 1 Pferd.
Pferden. 1 eleg. American mit 1 Pferd.
1 Landauer mit 2 Pferden. 1 eleg. Dogcart mit 1 Pferd.
1 eleg. Halbwagen mit 2 Pferden. 1 eleg. Parkwagen mit 1 Pferd.
1 eleg. Brougham mit 1 Pferd.

Im Ganzen 10 Equipagen und 150 Reit- und Wagenpferde im Gesamtwerte von 150 000 Mark, außerdem werthvolle Reitfelle, Zäumzeuge, Jagd- und Scheibengewehr, Lederfächer, Reife- und Jagd-Accessoirien, goldene und silberne Drei-Kaiser-Medaillen u. a. m.
Loose à 1 Mark
sind in den Expeditionen dieses Blattes, Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3, zu haben.

Johannes Brause, Stettin

Spezialgeschäft für Werkzeuge und Fabrikbedürfnisse,
Ambose, Schraubstöcke, Bohrmaschinen, Sämmmer, Feilen
sowie sämtliche Werkzeuge und Bedarfsartikel für Fabriken, Schloffer, Tischler, Klempner etc.

Tivoli-Brauerei, Grünhof.

Fernsprech-Anschluß Nr. 572.
30 1/10-Flaschen Bairisch Tafelbier für Mk. 3,00,
30 1/10-Flaschen Dopp. Malz-Bier für Mk. 3,00,
Flaschen ohne Pfand, liefern frei ins Haus.
Einzelne Flaschen für 10 Pfg. sind in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben.
Bestellungen erbittet:
Otto Fleischer.

Stettin Hofmarktstr. 18. C. L. Geletneky Zülchow i. P. Chausseestr. 52

Nähmaschinen aller Systeme.

Geletneky's Rundschiffen-Nähmaschinen.
D. R.-P. 43097.

Können mit größter Leichtigkeit bei fast geräuschlosem Gange bis zu 2000 Stichen in der Minute in Anspruch genommen werden. Die Haltbarkeit derselben ist durch den sinnreichen, dabei einfachen Mechanismus eine fast unbegrenzte.

Größe I für Familienbedarf, besonders geeignet für nervöse u. schwächliche Damen.
Größe II für Confection- u. Corsetten-Näherei.
Größe III für schwere u. leichte Schneiderei.

Dieselben sind bis jetzt von keiner andern Maschine erreicht, was Leistungsfähigkeit und leichten fast geräuschlosen Gang betrifft und wurde denselben die goldene Medaille in Köln 1890 zuerkannt.



Singer-Nähmaschinen.
Wheeler-Wilson-Näh-
maschinen.
Mingisch-Näh-
maschinen.
White-Nähmaschinen.
Vibrating-Shuttle-
Nähmaschinen.
Gloster-Nähmaschinen.
Säulen-Nähmaschinen.
Sack-Nähmaschinen.
Sattler-Nähmaschinen.
Sohlen-Nähmaschinen.

Eigene Reparaturwerkstatt im Hause.

Stargard i. P. C. L. Geletneky. Straßburg Kleinschmiedg. 6.
Hofmarktstr. 3.

Bekanntmachung.

Das der Konkursmasse der Ritterschaft- lichen Privatbank gehörige Grundstück Münzstraße Nr. 7 zu Grabow a. O. soll öffentlich meist- bietend verkauft werden und ist Verkaufs- termin am Mittwoch, den 4. Mai, Vormittags 10 Uhr im Bureau der Bank, Moltkestr. 13, S. p., angesetzt, woselbst auch die näheren Bedingungen zu erfahren sind.
A. Bouveron,
Konkurs-Verwalter.

Sonnabend, den 30. April, Abends 8 Uhr, theatralisch-musikalischer Damen-Abend

zur Unterstützung armer kranker Mädchen in der Abendhalle.
Kassenpreis 60 S., Eintrittskarten a 50 S. gr. Dom- straße 8 im Laden. Rath. Verband.

Die Brunnentrinkanstalt in dem Brunnenhäuschen, Grabowstr. 1, wird vom 1. Mai cr. ab von Morgens 6-8 1/2 Uhr geöffnet sein. Es werden in derselben alle Arten Mineralbrunnen nach Vorbericht der Herren Ärzte verabreicht werden. Anmeldungen erbitte ich während der Prämie im Brunnenhäuschen oder im Comptoir Köntienstraße 8.
Dr. Otto Schür.

Sanitäts-Colonne.

Sonntag, den 1. Mai: Stiftungsfest im Roßischen Saale — Gutenbergstraße — Anfang 5 Uhr Nachm., bestehend in Konzert und Tanz.
Ankerten sämtlicher Kameraden der 3 Jahrgänge um 3 Uhr Nachmittags in der Turnhalle — Fischerstr. — zur Übung und Abmarsch daselbst um 4 1/2 Uhr nach dem Roßischen Saal.
Hierzu wird u. die Mitglieder der Krieger-Vereine Stettins und Umgebung sowie Freunde der Sache ein- geladen.
Ordn., Ehrenzeichen sowie Vereinsabzeichen sind an- zulegen.
Entrée à Person 20 Pf.
Der Stab.

Stettiner Krieger-Verein.

Sonntag, den 1. Mai, Nachm. 4 Uhr, im Vereins- local „Deutscher Garten“:
„Appell.“

Wegen wichtiger Besprechung ist das Erscheinen sämtlicher Kameraden notwendig. Neue Kameraden können sich zur Aufnahme melden. Der Vorstand.

Verein der Schuldner.

Unser Kränzchen findet Sonnabend, den 30. April, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Pennings- feld, Birkenallee 24, statt. Freunde und Gönner des Vereins sind willkommen.
Der Vorstand.

Stettin—Kopenhagen.

Postdampfer „Titania“, Kap. Ziemle.
Von Stettin jeden Sonnabend 1 Uhr Nachm.
Von Kopenhagen jeden Mittwoch 3 Uhr Nachm.
1 Kajüte Mk. 18, 11. Kajüte Mk. 10,50, Deck Mk. 6, 6. und Rückfahrkarten zu ermäßigten Preisen am Bord der „Titania“. Rundreise-Nachrichten (45 Tage gültig) im Anschluß an den Vereins-Rund- reise-Besuch bei den Fahrkarten-Ausgabestellen der Eisenbahngesellschaften erhältlich.
Rud. Christ. Griebel.

Schönes Rittergut Culmer Land.

ca. 1600 Morgen bester drainierter Weizen- und Roggen- boden, hohe Kultur, Grundst.-Reinertrag ca. 7500 Mk. mit vorzüglichem todtten und lebendem Inventar und schönen Gebäuden, für Mk. 384 000 bei Mk. 100 000 Anzahlung veräußert.

Mein Rittergut Welprensen.

ca. 1500 Morgen Weizenboden, Grundst.-Reinertrag ca. 9000 Mk. 4 km. von Stab. zwischen 2 Bäck- fabriken an Chaussee gelegen, mit vornehmten Wohn- häuse und schönen Gebäuden, wegen Uebnahme des andern Gutes für Mk. 360 000 bei Mk. 60 000 Anzahlung veräußert.

Anfragen bitte an den Emili Salomon, Danzig, zu richten.
Eine Wiese am Eisenbahngabel, eine Wiese an der Reglitz sind zu verpachten.
Sollwast 37, 3 Trepp. r.

Auktion

über eine Partie holländ. Pflan- zen, Rosen etc. aus der berühmten Gärtnerei der Herren Booy & Ros- bergen, Boskoop, Hol- land, am Dienstag, den 3. Mai, von Vormittags 10 Uhr ab, auf Poll's Hof, Silberwiese, gegen- über der Schwerinstraße.

Wm. Schwendy.

